

Hinweise zum Datenschutz für Arbeitnehmer – Antrag des Arbeitgebers auf Leistungen des Inklusionsamtes im Rahmen der Begleitenden Hilfe

Informationen nach Artikel 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Mit den folgenden Informationen möchten wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Antrages Ihres Arbeitgebers auf Leistungen des Inklusionsamtes im Rahmen der Begleitenden Hilfe geben und die Rechte, die sich hieraus für Sie ergeben:

1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Ihre personenbezogenen Daten werden durch das Landesamt für Gesundheit und Soziale (LAGuS) verarbeitet. Auf diesem Weg können Sie **Kontakt** mit uns aufnehmen:

Landesamt für Gesundheit und Soziales
Erster Direktor Dr. Heiko Will
Blücherstraße 1
18055 Rostock
Tel.: 0381 331 59000
E-Mail: poststelle.zentral@lagus.mv-regierung.de

Ihr Ansprechpartner bei Fragen zum Datenschutzrecht ist die **behördliche Datenschutzbeauftragte**:

Landesamt für Gesundheit und Soziales
Die behördliche Datenschutzbeauftragte
Blücherstraße 1
18055 Rostock
Tel.: 0381 331 59230
E-Mail: poststelle.datenschutz@lagus.mv-regierung.de

2. Zu welchen Zwecken verarbeiten wir Ihre Daten und aufgrund welcher Rechtsgrundlage?

Alle Angaben, die Ihr Arbeitgeber in diesem Verfahren gegenüber den Mitarbeitern des Inklusionsamtes macht, benötigen wir, um seinen Antrag auf Leistungen im Rahmen der Begleitenden Hilfe zu bearbeiten. Rechtsgrundlagen dafür sind Art. 6 Abs. 1 lit. a und e DSGVO i. V. m. **§ 185 Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX) und der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV)**. Ihre Daten werden von uns nur soweit verarbeitet, wie dies im Rahmen des Verfahrens erforderlich ist. Nach Abschluss des Verfahrens können die Daten zur Erfüllung anderer gesetzlicher Pflichten verarbeitet werden, etwa um gesetzlichen Aufbewahrungspflichten nachzukommen. Zu anderen als den genannten Zwecken werden Ihre personenbezogenen Daten nur weiterverarbeitet, wenn es eine gesetzliche Grundlage für die jeweilige Datenverarbeitung gibt oder wenn Sie in eine solche Weiterverarbeitung vorher ausdrücklich eingewilligt haben.

3. Welche Kategorien personenbezogener Daten werden von uns verarbeitet?

Es werden folgende Daten verarbeitet: Name/Vorname,

Geburtsdatum, Angaben zum Beschäftigungsverhältnis, Kontaktdaten, Gesundheitsdaten, Angaben zum beruflichen Werdegang und zu den wirtschaftlichen Verhältnissen

4. Aus welchen Quellen stammen Ihre personenbezogenen Daten?

Die Angaben stammen aus dem Antrag Ihres Arbeitgebers bzw. aus Ihrem Antrag.

5. Wem gegenüber werden Ihre personenbezogenen Daten offengelegt?

Das LAGuS legt Ihre personenbezogenen Daten Dritten gegenüber nur auf der Grundlage gesetzlicher Vorschriften offen oder wenn eine ausdrückliche Einwilligung Ihrerseits vorliegt. Innerhalb des LAGuS erhalten nur diejenigen Personen Zugang zu Ihren personenbezogenen Daten, die mit der Durchführung des Verfahrens betraut sind, in dem Ihre Daten verfahrensrelevant sind. Für die Erledigung unserer Aufgaben benutzen wir IT-gestützte Fachverfahren (Software), in die Ihre Daten eingegeben werden. Dabei arbeiten wir auf gesetzlicher Grundlage auch mit anderen Stellen der Landesverwaltung zusammen, die personenbezogene Daten in unserem Auftrag verarbeiten. An diese werden Ihre personenbezogenen Daten, soweit erforderlich, übermittelt. In Verfahren, in denen Kosten anfallen, können wir Ihren Namen und Ihre Adresse an das Landesamt für Finanzen übermitteln, damit diese ihrer Aufgabe der Beibehaltung von Kosten nachkommen kann. Wir übermitteln Ihre Daten außerdem an Beteiligte des Verfahrens, soweit es für die Durchführung des Verfahrens erforderlich ist. Zur Prüfung der Zuständigkeit ist es möglich, dass wir Rehabilitationsträger, beispielsweise die Agentur für Arbeit oder die Deutsche Rentenversicherung, kontaktieren. Möglicherweise werden wir auch andere Stellen außerhalb des LAGuS, z. B. den Integrationsfachdienst, beauftragen, eine Stellungnahme zu den von Ihrem Arbeitgeber beantragten Leistungen zu erstellen.

6. Wie lange speichern wir Ihre personenbezogenen Daten?

Personenbezogene Daten, die im Rahmen eines Verfahrens erhoben wurden, werden in die Verfahrensakten aufgenommen. Die Speicherfristen für die Verfahrensakten bestimmen sich nach der Aktenordnung für die Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern. Sie betragen demnach mindestens zehn Jahre.

7. Ihre Rechte als betroffene Person

Als betroffene Person können Sie nach Art. 15 bis 21 DSGVO folgende Rechte geltend machen:

a) Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Sie können von uns Auskunft verlangen, ob wir Ihre personenbezogenen Daten und ggf. welche personenbezogenen Daten verarbeitet werden. Das Auskunftsrecht wird durch das Recht Dritter am Schutz ihrer personenbezogenen Daten beschränkt.

b) Recht auf Berichtigung, Löschung oder Einschränkung (Art. 16, 17, 18 DSGVO)

Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu berichtigen, wenn sie unrichtig sind oder Ihre Daten zu vervollständigen, wenn sie unvollständig sind.

Sie können von uns verlangen, Ihre Daten zu löschen, insbesondere dann, wenn die Verarbeitung nicht oder nicht mehr zulässig ist. Wenn die Aufbewahrungsfristen für die Verfahrensakten abgelaufen sind, werden diese von Amts wegen unaufgefordert vernichtet.

Unter den Voraussetzungen von Artikel 18 DSGVO besteht ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

c) Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Ein Recht, Daten in einem bestimmten Format zu erhalten und an Dritte zu übermitteln, besteht nur für die Fälle, wenn wir Ihre personenbezogenen Daten auf der Grundlage einer Einwilligung und mittels automatisierter Verfahren verarbeiten.

d) Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Der Widerruf gilt aber nicht rückwirkend. Der Widerruf macht die vor dem Widerruf stattgefundene Verarbeitung Ihrer Daten nicht rechtswidrig.

e) Recht auf Beschwerde bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz (Artikel 77 DSGVO)

Wir nehmen den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten ernst. Mit Ihrem Anliegen bezüglich Ihrer von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten können Sie sich jederzeit an uns wenden. Es steht Ihnen aber auch frei, sich mit einer Beschwerde an den

Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
Werderstraße 74 A
19055 Schwerin

zu wenden.

Recht auf Widerspruch (Artikel 21 DSGVO)

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen. Wir dürfen in einem solchen Fall die Verarbeitung Ihrer Daten nur fortsetzen, wenn ein zwingender Grund vorliegt. Ein zwingender Grund kann sich insbesondere aus Gesetzen ergeben, die der Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dienen oder uns zur fortgesetzten Verarbeitung zwingen, beispielsweise gesetzliche Aktenaufbewahrungsfristen

